

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XX/240

Bonn, den 15. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Viele offene Fragen</u>	62

Zur NATO-Tagung in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

2	<u>Ärztlich völlig unberechtigt</u>	52
---	-------------------------------------	----

Die Ärztekammer und die Pensionsgrenze
Rechtfertigung für Professor Schellenberg

5	<u>Eine gute Sache</u>	24
---	------------------------	----

Soldaten und Jungsozialisten in Mannheim geben ein Beispiel

3	<u>Dank für Hilfe in der Not</u>	20
---	----------------------------------	----

Echo auf die Initiative eines SED-Abgeordneten

4	<u>Genugtuung ohne Überschwang</u>	44
---	------------------------------------	----

Bonner Nahost-Politik im Spiegel der israelischen Öffentlichkeit

Von Gad Redlich, Tel Aviv

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Nationalistische Antwort aus Warschau

Politische Führung muß Zeichen setzen

Geschichte nicht zum Gottesgericht machen

Verbrecher während der Vertreibung

Konflikt im Sudetendeutschen Rat

SPINGL schießt Eigentore

Oberschlesien wird Chefredakteur des Deutschlandfunks

Siedlungsvorhaben für 1966 in Frage gestellt

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 886689D

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Viele offene Fragen

Zur NATO-Tagung in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Wenn Bundesaußenminister Schröder geglaubt hat, durch seine Rede vor der NATO-Konferenz in Paris sei in jeder Beziehung klargestellt, was die Bundesrepublik von der gemeinsamen atomaren Verteidigung und von einem neuen Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen erwarte, täuscht er sich wohl. Vielleicht hat man ihm aber auch nur unvollständige Berichte über die Meinung seiner Minister-Kollegen der anderen NATO-Partner übermittelt.

Es ist, leider, eine Tatsache, daß man Schröders in eine Frage gekleidete Bemerkung, ob denn überhaupt ein Vertrag über ein neues Atomteststopp-Abkommen notwendig sei, als eine Art deutschen Bremsklotz für weitere Abrüstungsverhandlungen in Genf betrachtet.

Zum Glück hat man im Augenblick in Paris darauf verzichtet, diese Frage zu vertiefen. Aber daß sie bei nächster Gelegenheit wieder hochkommt und daß man fragen wird, ob sich die Bundesregierung die von Franz Josef Strauß in der letzten Bundestagsdebatte vorgetragene Bedenken und Warnungen vor einem neuen Atomteststopp-Abkommen inzwischen zu eigen gemacht hat, ist auch ohne Prophetengabe vorauszusehen.

Etwas glücklicher operierte Schröder dagegen, als er darstellte, daß der gesamte atomare Verteidigungskomplex - ganz gleich welche Lösung oder Formel eines Tages hierfür gefunden werden sollte - keineswegs nur Sache der USA, Großbritanniens oder der Bundesrepublik sei, sondern a l l e Bündnispartner angehe. Diese Bemerkung Schröders ist in Prinzip richtig, hat allerdings auch einen Haken. Der Versuch Schröders, "die atomare Solidarität der Kleinen" herzustellen, wird gerade von den kleinen Bündnispartnern unterschiedlich beurteilt. Dänemark und Norwegen z.B. sind wegen ihrer bekannten Haltung keineswegs begierig, mit der Bundesrepublik in einem Atemzuge genannt zu werden.

Auch die Holländer, Belgier, Luxemburger und Italiener zeigen mehr Zurückhaltung als Enthusiasmus. Ausgesprochen positiv zu Schröder

ders "Solidaritätserklärung der Kleinen" stehen die Türken und die Griechen. Sie brauchen Geld und hoffen wohl, daß man ihnen genügend geben wird, wenn sie sich jedem Projekt einer gemeinsamen atomaren Verteidigung anschließen.

In diesen Nebel stieß Frankreichs Außenminister Couve de Murville hinein. Er bezweifelte die Existenzberechtigung der sogenannten Spezialkommission - auch Zehnerkommission genannt -, die eine für alle NATO-Partner verbindliche atomare Verteidigungsstrategie ausarbeiten soll. Couve de Murville betonte, nur alle NATO-Partner könnten gemeinsam eine verpflichtende Vereinbarung treffen, nicht aber eine Kommission, an der nicht alle Partner beteiligt sind.

Mit dieser Bemerkung hat Couve de Murville die Konferenz praktisch blockiert. Obwohl man zur Stunde noch nicht genau weiß, ob die Intervention des französischen Außenministers grundsätzlicher Natur ist oder nur das Ziel hatte, Zeit zu gewinnen, hängt doch ein großer Teil der von der Kommission bisher geleisteten Arbeit in der Luft.

Die Militärexperten, die nun am Zuge sind, dürften es schwer haben, alle diese hier geschilderten schwierigen und mitunter kaum durchschaubaren Nuancen in Form von klaren Texten darzustellen. Deshalb rechnet man hier in Paris damit, daß sich die Verteidigungsminister damit begnügen werden, ebenso wie ihre Kollegen, die Außenminister, allgemeine Grundsätze aufzustellen, ohne verpflichtende Beschlüsse vorzulegen. Wie kompliziert das alles ist, ergibt sich aus den vergeblichen Bemühen der deutschen Delegation, die bisher geleistete Arbeit der Zehnerkommission schriftlich zu fixieren. Die übrigen NATO-Partner wenden gegen dieses Verlangen ihrer deutschen Kollegen nicht allzu viel ein, sprechen aber von noch zu bildenden Unterkommissionen, mit deren Hilfe für einen späteren Zeitpunkt annehmbare Texte ausgearbeitet werden sollen. Deshalb kursiert hier in Paris das Scherzwort: Wenn man sich entschließt, eine Kommission in Unterkommissionen aufzugliedern, darf eine Konferenz als gerettet betrachtet werden.

"Ärztlich völlig unberechtigt"

Die Ärztekammer und die Pensionsgrenze
Rechtfertigung für Professor Schellenberg

sp. - Die Furcht vor dem Alter lastet schwer auf vielen Menschen, die sich dem sechsten und siebten Lebensjahrzehnt nähern. Die Spannkraft und Leistungsfähigkeit lassen bei oft noch steigenden Anforderungen nach, eine berufliche Umstellung ist so gut wie ausgeschlossen, auch fehlt es an dazu geeigneten Möglichkeiten. Die moderne Sozialpolitik ist damit noch nicht fertig geworden. Wie problematisch die Forderung Bundeskanzler Erhard nach Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde in der Woche ist, erhellt die Tatsache, daß etwa 62 Prozent der arbeitenden Männer und 75 Prozent der arbeitenden Frauen vor Vollendung des 65. Lebensjahres infolge von Invalidität und vorzeitigen Ermüdungserscheinungen aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden. Sie gehen der Volkswirtschaft als Arbeitskraft verloren. Verbesserte Arbeitsmedizin und rechtzeitige berufliche Umschulung könnten hier einen Wandel herbeiführen. Doch nur ganz wenige Unternehmen entschließen sich, in dieser Richtung für ihre älteren Mitarbeiter etwas zu tun.

Es gibt jedoch noch eine andere Seite, gewissermaßen die Kehrseite. Der Zwang zur Pensionierung im 65. Lebensjahr stürzt viele der davon Betroffenen in ein seltsames Vakuum. Losgerissen vom gewohnten Lebens- und Arbeitskreis, keine Verantwortung mehr tragend, fühlen sie sich ausgestoßen, überflüssig und werden sich selbst und ihren Angehörigen zur Last, obwohl ihre Arbeits- und Leistungskraft noch für einige Jahre ausreichen würde. Das Tor zur gewohnten Arbeitswelt bleibt ihnen jedoch verspermt.

Das Präsidium des Deutschen Ärztetages hat dieser Tage festgestellt: Die seit 40 Jahren ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen Menschen übliche Festsetzung der Altersgrenze ist ärztlich völlig ungerechtfertigt. Die Ärztekammer schlug vor, aus der geltenden Soll-Vorschrift der Erreichung des Pensionsalters mit 65 Jahren versuchsweise eine Kern-Vorschrift zu machen, deren Wirksamkeit für fünf Jahre ausprobiert werden soll. Dieser von ärztlicher Autorität untermauerte Vorschlag lag dem vom Sozialexperten Professor Schellenberg ausgearbeiteten und von der SPD angenommenen Plan einer allgemeinen Volksversicherung zugrunde. Die Regierungsparteien bekämpften ihn als ein "kollektivistisches Experiment", nicht wissend, daß sie damit arbeitsmedizinische Erkenntnisse negierten. Der Volksversicherungsplan der SPD sah und sieht den Gedanken der Freiwilligkeit vor, er berücksichtigt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen. Die einen wünschen aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen eine Herabsetzung der Altersgrenze und nehmen sogar eine damit verbundene Rentenkürzung in Kauf. Der Volksversicherungsplan ging von einer angemessenen Altersgrenze von 62 Jahren aus. Übrigens gilt diese Altersgrenze als Pensionsgrenze für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Diejenigen aber, die den Wunsch und die Kraft zum Weiterarbeiten haben, sollten dazu die Möglichkeit erhalten, womit eine Rentensteigerung über das 65. Lebensjahr hinaus verbunden wäre. Diese Regelung entspricht der Freiheit der Menschen und den Vorstellungen von Gerechtigkeit.

Den Regierungsparteien wäre ein eingehendes Studium der Empfehlungen des Präsidiums des Ärztetages anzuraten. Vielleicht zeigen sie sich dann den Gedanken einer gesetzlich verankerten Elastizität der Pensionsgrenze in einer Volksversicherung, wie sie Professor Schellenberg entwarf, eher aufgeschlossen. Dieser Plan stützt sich auf eindeutige Ergebnisse und Beobachtungen aus der Arbeits- und Sozialwelt. Auf längere Sicht gesehen bleibt die Volksversicherung auf der Tagesordnung der deutschen Innen- und Sozialpolitik.

Eine gute Sache

Soldaten und Jungsozialisten in Mannheim geben ein Beispiel

H.S. - "Die jungen Staatsbürger in Uniform, die in einer fremden Garnisonsstadt ihren Dienst absolvieren, dürfen von der Jugend dieser Stadt nicht isoliert sein." So denken und handeln seit langem die Jungsozialisten in der süddeutschen Großstadt Mannheim. Sie haben eine kleine Arbeitsgruppe, die in ständiger Verbindung mit den in Mannheim stationierten Bundeswehreinheiten steht und sich bemüht, ihren uniformierten Mitbürgern das Leben angenehmer gestalten zu helfen. In der Vergangenheit gab es zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen. Kommunalpolitische Vortrags, Besichtigungen kommunaler Einrichtungen, Diskussionsabende, aber auch Dampferfahrten, Tanzvergnügungen, Fußballspiele und Kegelpartien gehörten dazu.

In diesem Jahr haben Jungsozialisten und Bundeswehr in Mannheim gemeinsam die Aktion "Heinzelmannchen" gestartet. Ziel ist, 50 bedürftigen Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Die Mannheimer Bevölkerung wurde aufgerufen, zu überprüfen, ob gut erhaltenes Spielzeug dieser Aktion gespendet werden kann. "Wir machen keine Entrümpelungsaktion", sagen die Mannheimer Jungsozialisten, aber sie sind mit den Soldaten zusammen überzeugt, daß in vielen Familien die Kinder den Kinderschuh ent wachsen sind und daß gutes Spielzeug unberührt herumsteht. Das Sozialamt hat Adressen in Frage kommender Kinder genannt und jeder kann sich auch direkt an die Veranstalter wenden. Die Soldaten sind in ihrer Freizeit bereit, die gespendeten Geschenke abzuholen. Wir meinen: es ist eine gute Sache, wie junge Soldaten und die Jungsozialisten in Mannheim zusammenarbeiten.

+ + +

Dank für Hilfe in der Not

Ehre auf die Initiative eines SPD-Abgeordneten

sp - Bundestagsabgeordneter Professor Dr. B e c h e r t (SPD) hat vom Pakistanischen Botschafter in der Bundesrepublik ein Dankeschreiben für die Hilfe zugunsten der pakistanischen Bevölkerung erhalten. Prof. Bechert, der Vertrauensdozent für Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Mitbestimmung, ist, und in dieser Eigenschaft auch Stipendiaten aus fremden Ländern betreut, erfährt von einem pakistanischen Stipendiaten, daß die Bevölkerung im Kampfgebiet obdachlos geworden und in dem hochgelegenen Gebiet des Landes ungeschützt der Winterkälte preisgegeben ist, weil sie als Folge der Kämpfe Hab und Gut verloren haben. Eine Sammlung von Winterkleidung, Mänteln, Unterwäsche brachte in Gau-Algesheim, dem Wohnort des Abgeordneten, innerhalb weniger Tage etwa 10 Zentner Kleidungsstücke zusammen, die der Pakistanischen Botschaft zur Verfügung gestellt wurden. Die Sammlung, die unter der Leitung von Frau Sybille Bechert steht, wird fortgesetzt.

Für tätige Hilfe zugunsten israelischer Staatsbürger wurde Prof. Bechert die Israelische Silberne Staatsmedaille überreicht, die auf der Vorderseite wichtige Stätten des Heiligen Landes zeigt und auf der Rückseite in Englisch, Französisch und Hebräisch die Inschrift "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst".

+ + +

Genugtuung ohne Überschwang

Bonner Nahost-Politik im Spiegel der israelischen Öffentlichkeit

Von Gad Redlich, Tel Aviv

In wohl keinem anderen vergangenen Jahr hat das mit Skeptizismus verbundene Interesse der israelischen Bevölkerung sich so wenig auf die inneren Ereignisse in der Bundesrepublik, dafür aber auch kaum so stark auf deren Außenpolitik konzentriert. Ein Jahr bevor die Beendigung der Entschädigungszahlungen an die Opfer des Naziterror zu einem Abbruch von zumindest schon halbamtlichen Kontakten geführt hatte, entschloß sich die Bundesregierung, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es soll hier nicht untersucht werden, ob es einen besseren Eindruck gemacht hätte, wenn man sich in Bonn dazu nicht als Reaktion zu einem Ulbricht-Besuch in Kairo entschlossen hätte.

Täuschen würde sich jedoch, wer jetzt auf eine überschwengliche Dankbarkeit der Israelis spekulieren würde. Auch die Tatsache, daß die Bundesregierung ein Abbruch diplomatischer Beziehungen von seiten der meisten arabischen Länder riskiert und "auf sich genommen hat", ändert daran nichts. Die wohl für Generationen unvergessene Vergangenheit ist dafür ebenso ein Grund wie auch die Ansicht Jerusalems, daß eine früher erfolgte politische Aktion dieser Art zu weitaus weniger schwerwiegenden Konsequenzen von seiten arabischer Monarchen und Diktatoren geführt hätte.

Die verhältnismäßige geringe Beachtung der Bundestagswahlen hat zwei Gründe: etwa zur gleichen Zeit wurde in Israel die neue Knesset, das israelische Parlament nach der im Lande bisher größten Propagandaschlacht gewählt. Vor allem aber hat man hier gelernt, die junge Demokratie westlich der Elbe weniger nach Parteien, Koalitionen und Wahlen zu beurteilen. Ein weitaus größeres Augenmerk richtet die Bevölkerung auf positive und negative Zeichen einer geistigen Entwicklung nach zwölf Jahren Barbarei und Verbrecherherrschaft. So darf es dann auch nicht verwundern, wenn Zeitungsartikel und Kommentare über die Bundestagswahlen nicht länger waren als Berichte über Bücherverbrennungen durch eine konfessionelle Jugendgruppe in Düsseldorf. Unüberlegte Schritte dieser Art, die man in einem anderen Rahmen im höchsten Fall als Dumme-Jungen-Streiche bezeichnen würde, können bei dem Bild, das sich der Durchschnitts-Israeli von der Bundesrepublik macht, mehr zerstören, als eine jahrelang mit großem Aufwand betriebene Good will-Politik aufzubauen in der Lage ist.

Fazit am Ende von 1965: zu einem Zeitpunkt, da man schon junge Leute treffen kann, die sogar für einen längeren Studienaufenthalt nach Deutschland kommen wollen, hat die Bundesregierung zumindest im Nahen Osten versucht, einen durch Zaudern und falsche Politik entstandenen Scharbenhaufen wegzukehren. Alle weiteren Schritte, so zum Beispiel die Unterstützung israelischer Wünsche beim Export von Apfelsinen in EWG-Länder, werden hier aufmerksame Beobachter und eine ständig weiche Kritik finden.